



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Mobilitätsausschuss

Es informiert Sie:	Claudia Feller
Telefon:	02104 99 2612
E-Mail:	claudia.feller@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 21.11.2024

Niederschrift

zur Sitzung des Mobilitätsausschusses

Sitzungstermin Donnerstag, den 14.11.2024, 16:30 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Raum
1.604 (kleiner Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Dr. Norbert J. Stapper

Mitglieder

Souhaila El Ghanou
Susanne Elm
Torsten Fuhrmann
Matthias Gohr
Alexandra Gräber
Sascha Greszat
Dr. Tina Guenther
Dirk Kapell
Roman Lang
Jens Lemke
Ralf Lenger
Jörn-Eric Morgenroth
Andreas Nixdorf
Sybille Schettgen
Udo Switalski

Verwaltung

Marcel Beckmann
Melanie Bilk
Anja Büttner
Chris Julia Faßbender
Claudia Feller
Georg Görtz
Dr. Stephan Kopp

Dominik Odendahl

Gäste

Fatima Jljaji

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
 - 1.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
 - 1.2. Feststellung der Anwesenheit
 - 1.3. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.4. Feststellung der Tagesordnung
 - 1.5. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
 - 1.6. Eröffnung der Sitzung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 12.09.2024
3. Informationen der Verwaltung
4. Haushalt 2025 20/019/2024
5. Sachstandsbericht Mobilität 61/042/2024
6. Stellungnahme des Kreises Mettmann zur Definition des landesweiten Radvorrangnetzes des Landes Nordrhein-Westfalen 61/043/2024
7. Ergänzung des Nahverkehrsplans für den Kreis Mettmann: Umsetzung von Linienweg- und Angebotsänderungen in Ratingen und Velbert 61/041/2024
8. Nachträge
 - 8.1. Verkehrssituation an der Kreuzung K31/L438 im Hefel in Velbert
hier: Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 07.11.2024 61/046/2024
 - 8.2. Umsetzung Radverkehrskonzept
hier: Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.11.2024 61/047/2024

Nicht öffentlicher Teil

9. Informationen der Verwaltung

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Der Vorsitzende KA Dr. Stapper begrüßt alle Anwesenden, eröffnet die Sitzung und stellt die Ladung, Anwesenheit und Beschlussfähigkeit fest. Die Aufnahme des TOP 8.1 und des TOP 8.2 in die Tagesordnung sowie die Vorziehung des TOP 7 zur Beratung vor TOP 4 wird zur Abstimmung gestellt und anschließend die Tagesordnung festgestellt.

KA Kapell vertritt KA Besche-Krastl, KA Schettgen vertritt KA Thomas, SB Gohr vertritt KA Welp und KA El Ghanou vertritt KA Ehlert.

Im Kreistag berichtet KA Dr. Günther.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 12.09.2024

Die Niederschrift über die Sitzung vom 12.09.2024 wird einstimmig angenommen.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung

Es gibt eine Information der Verwaltung im öffentlichen Teil der Sitzung zur beabsichtigten Anpassung des ÖPNV-Angebotes in Monheim:

Herr Beckmann berichtet, dass auf der Grundlage politischer Beschlüsse der Stadt Monheim sowie des Kreises Mettmann das Monheimer Liniennetz zum Fahrplanwechsel am 21.08.2024 umfassend angepasst wurde.

Ende Oktober erreichten die Kreisverwaltung dann erste Hinweise darauf, dass seitens der Stadt Monheim erneuter Anpassungsbedarf beim städtischen Liniennetz gesehen werde: Im Kontext der Haushaltskonsolidierung erhielten die Bahnen der Stadt Monheim (BSM) von der Stadt den Auftrag, Maßnahmen zu Einsparungen im Monheimer Liniennetz zu erarbeiten.

Der Rat der Stadt Monheim habe Ende Oktober bereits konkrete Maßnahmen beschlossen, die größtenteils das Monheimer Stadtgebiet betreffen. Deren Umsetzung solle nach aktuellem Kenntnisstand im Frühjahr 2025 stattfinden. Die Kreisverwaltung werde sich in den kommenden Wochen mit der BSM über die konkreten Inhalte und das weitere Vorgehen zur Umsetzung der geplanten Maßnahmen abstimmen.

Beabsichtigt sei, den Mobilitätsausschuss im ersten Quartal 2025 über die Details des geplanten Maßnahmenpaketes und das weitere Vorgehen zu informieren.

Zu Punkt 4:	Haushalt 2025 - Vorlage Nr. 20/019/2024
--------------------	--

Die Verwaltung erläutert kurz, dass der Veränderungsantrag der Verwaltung zur Linie 753 (siehe TOP 7) aufgrund finanzieller Auswirkungen eingebracht wurde. Es gibt keine Anmerkungen oder Fragen hierzu und auch nicht zum Haushalt 2025.

Beschluss:

1.) Veränderungsantrag zum Haushalt 2025

Es gab eine Änderung seitens des Fachamtes hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen zur Linie 753 in Ratingen

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

2.) Der Ausschuss nimmt den vorliegenden Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2025 – soweit er in seine Zuständigkeit fällt – zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreisausschuss dem Entwurf mit den beratenen Änderungen zuzustimmen und ihn an den Kreistag zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 5:	Sachstandsbericht Mobilität - Vorlage Nr. 61/042/2024
--------------------	--

Zu Punkt 1: Anruf-Sammel-Taxi-Linie (AST) 232 in Langenfeld

SB Fuhrmann erkundigt sich, warum es nun eine andere Linienführung auf der Strecke des Anruf-Sammel-Taxis (AST) 232 gebe. Dazu führt Herr Beckmann aus, dass die Änderung aus Gründen der Wirtschaftlichkeit für die Taxiunternehmen erfolgt sei und es sich zudem bei der AST 232 um bedarfsorientierte Fahrten handele.

Zu Punkt 3: Generalsanierung der Bahnstrecke Hagen – Wuppertal – Köln

Auf die Frage von SB Lenger, wie es zu erklären sei, dass die DB auch die Strecke auf der S8 ab Düsseldorf-Gerresheim (wovon auch Haan-Gruiten betroffen sei) sperre, erklärt Herr Beckmann, dass dies auf die Bündelung von Baumaßnahmen am Hochleistungskorridor zurück zu führen sei. Er merkt weiter an, dass es zuvor verschiedene Gespräche mit der DB InfraGO, bei denen auch die Stadt Haan zugegen war, gegeben habe. Es bestünde nur die Möglichkeit einer langen Teilsperre oder einer kurzen Vollsperrung. Herr Odendahl ergänzt hierzu, dass die Teilsperren auf der S8 auch durch Baumaßnahmen in Düsseldorf-Gerresheim für die Elektrifizierung der Regiobahn genutzt würden.

Die Stadt Haan und der Kreis setzen sich für eine Schnell-SEV nach Haan ein und führen weiterhin Gespräche mit dem VRR und der DB InfraGo.

SB Lemke merkt kritisch an, dass der SEV vernünftig abgewickelt werden sollte und die Fahrer wissen sollten, wo sie herfahren. Er vermute, dass es Chaos durch die Baumaßnahmen auf der Entlastungsstrecke RRX Düsseldorf – Köln geben werde und bittet um die Sensibilisierung der Akteure bei der Planung von Umleiterverkehren.

Zu Punkt 2: Geplante Tarifmaßnahmen des VRR im Jahr 2025.

KA Morgenroth begrüßt die Verschlinkung der VRR-Ticketlandschaft und die eezy-Angebote und KA Gräber berichtet, dass in den VRR-Gremien umfangreich über die Tickets - auch kontrovers – diskutiert wurde.

Der Bericht der Verwaltung zu aktuellen Mobilitätsthemen wird zur Kenntnis genommen.

**Zu Punkt 6: Stellungnahme des Kreises Mettmann zur Definition des landesweiten Radvorrangnetzes des Landes Nordrhein-Westfalen
- Vorlage Nr. 61/043/2024**

Aktuelle Entwicklung und Zusatzinformationen:

Herr Görtz führt wie folgt aus:

Die Verwaltung hat in der Zwischenzeit erfahren, dass dem Ministerium für Umwelt, Natur und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (MUNV) bewusst sei, dass der in das zurzeit laufende Beteiligungsverfahren gegebene Initialvorschlag für ein landesweites Radvorrangnetz schon aufgrund der angewendeten Methodik lückenhaft und unzureichend sei. Erst durch die Korrektur und Anreicherung der Radwegeverbindungen, die der Initialvorschlag infolge der Beteiligung der Kreise, Städte und Gemeinden mit ihren Fachverwaltungen erfährt, so das MUNV, könne das Netz hinreichende Vollständigkeit, Stimmigkeit und Qualität erlangen.

Dass der Initialvorschlag entsprechende Änderungen und Ergänzungen erfordert, ließe sich leicht erkennen. Gerade in recht unterschiedlich, teilweise polyzentrisch strukturierten Räumen wie dem Kreisgebiet Mettmann funktioniert der vom Land gewählte methodische Ansatz einer Verbindung von nur bestimmten Stadtzentren miteinander nicht.

In diesem Zusammenhang wurde seitens des MUNV weiter mitgeteilt, dass nachvollziehbar begründete Änderungs- und Ergänzungsvorschläge der Kommunen bei der Linienführung der Vorrangrouten weitgehend übernommen werden sollen. Insofern könnten dann insbesondere die Kreisradverkehrskonzepte in das Landesnetz einfließen. Das abschließend erstellte Landesnetz sei die Planungsgrundlage des Landes für die nächsten Jahre und werde Priorisierungsentscheidungen des Landesbetriebes Straßenbau NRW und der Regionalräte in Bezug auf den Radwegebau an Landestraßen in NRW maßgeblich prägen.

Insofern komme der Stellungnahme des Kreises Mettmann und der der kreisangehörigen Städte bzw. den darin enthaltenen Änderungs- und Ergänzungsvorschlägen ein noch höheres Gewicht zu, als ursprünglich angenommen. Damit möglichst widerspruchsfreie kommunale Eingaben für unseren Raum im Beteiligungsverfahren erfolgen, laufe zurzeit eine intensive Abstimmung mit den Fachverwaltungen der kreisangehörigen Städte. Dieser Prozess werde erst in der ersten Dezemberwoche final abgeschlossen sein, so dass dann dem Kreistag der Vorschlag einer Stellungnahme des Kreises Mettmann für die Sitzung am 19.12.2024 zur Beschlussfassung vorgelegt werden könne.

Frau Faßbender führt anhand einer Präsentation zur Methodik, die bei der Erstellung des Initialvorschlags für das landesweite Radvorrangnetz vom Land NRW angewendet wurde, aus und vergleicht diese mit der Methodik, die bei der Erarbeitung des Radverkehrskonzepts Kreis Mettmann (RVK) angewandt wurde,

Dem Land fehle die Ortskenntnis, welche aber die Grundlage des RVK des Kreises und Grundlage für das Handeln der Verwaltung darstelle. Die Ortskenntnis beinhalte unter anderem das Wissen um topographische Gegebenheiten, Führungsformen und deren Zustand (wie wassergebundene Decken, Fußgängerzonen, Gefahrenstellen). Ferner fehle dem Land die Kenntnis von den wesentlichen Pendlerverflechtungen sowie den Points of Interest für den Radverkehr.

Das Landesnetz gehe von definierten Innenstadtpunkten (nur) zwischen den aneinander angrenzenden Städten auf der kürzesten Strecke aus und bilde diese auf einer Plankarte ab. Diese Methodik bilde aber nicht die Realitäten und Erfordernisse im Kreisgebiet ab. Die

dadurch entstandenen Lücken im Landesnetz gelte es nun mit der Kreiseingabe zu schließen und Fehlverortungen bei den Verbindungen zu korrigieren.

Da die Fördermittel des Landes sich zukünftig auf das Landesvorrangnetz fokussieren werden, gelte es, die richtigen Strecken anzumelden und beim Land zu dokumentieren. In der Folge gehe es um die Bewertung jeder einzelnen Radwegverbindung und deren konkreter Linienführung, derzeit intensiv und unter Hochdruck mit jeder Stadt bilateral abgestimmt werde.

Aufgrund der Komplexität, des Arbeits- und Abstimmungsaufwands und der Bedeutung der Stellungnahme – siehe hierzu die vorangestellten „Aktuellen Entwicklungen und Zusatzinformationen“ – kann diese voraussichtlich erst Anfang Dezember fertiggestellt werden. Für den Kreistag am 19.12.2024 werde die Verwaltung eine Ergänzungsvorlage erstellen, die dann die Stellungnahme des Kreises als Anlage enthalte, berichtet Frau Faßbender.

Eine komplette Deckungsgleichheit zwischen dem RVK und dem Landesnetz werde voraussichtlich nicht möglich sein, da das RVK-Netz dichter als das Landesnetz sei. Die Verwaltung versuche aber mit den kreisangehörigen Städten und dem ADFC eine größtmögliche Deckungsgleichheit zwischen dem Radvorrangnetz des Landes und dem Radvorrangroutennetz des RVK des Kreises zu erreichen.

Der Vorsitzende Dr. Stapper merkt an, dass es Schwierigkeiten bei kreisgrenzenübergreifenden Strecken gebe und erkundigt sich, ob eine Abstimmung mit den Nachbarkommunen erfolgt sei. Die RVK-Anschlüsse an die Nachbarstädte seien im Grunde abgestimmt, teilt Frau Faßbender mit. Gleichwohl laufen zurzeit in Teilräumen noch Abstimmungen mit den Nachbarstädten im Zuge des aktuellen Beteiligungsverfahrens.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die der Vorlage für den Kreistag am 19.12.2024 anliegende, in Abstimmung mit den kreisangehörigen Städten erstellte Stellungnahme des Kreises Mettmann zum Initialvorschlag für das Radvorrangnetz des Landes NRW fristgemäß einzureichen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

**Zu Punkt 7: Ergänzung des Nahverkehrsplans für den Kreis Mettmann: Umsetzung von Linienweg- und Angebotsänderungen in Ratingen und Velbert
- Vorlage Nr. 61/041/2024**

Wie unter TOP 1.4 beschlossen wurde die Beratung des TOP 7 vorgezogen. Der Vorsitzende verweist auf die ausführliche Vorlage. Im Anschluss steht die Verwaltung für Fragen zur Verfügung.

Herr Morgenroth begrüßt die Änderung der Linie 753 ausdrücklich und erkundigt sich nach dem Sachstand zur Anpassung der Fahrpläne zwischen dem Schienenersatzverkehr (SEV) und der S6 zwecks Optimierung der Umstiege in der Winterzeit. Der VRR werde eine mögliche Anpassung mit der DB Regio prüfen, antwortet Herr Beckmann, aktuell gebe es jedoch keinen neuen Sachstand.

Beschluss:

1. Den in der Sachverhaltsdarstellung aufgeführten Planungen zu Linienweg- und Angebotsänderungen wird zugestimmt.

2. Die Maßnahmen werden mit Beschlussfassung durch den Kreistag Bestandteil des Nahverkehrsplans für den Kreis Mettmann.
3. Die Rheinbahn AG wird mit der betrieblichen Umsetzung auf den Linien O19 und 753 betraut. Die Linie O14 wird zu einem noch konkret zu bestimmenden Zeitpunkt in die Linie 753 integriert.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 8: Nachträge

Wie unter TOP 1.4 beschlossen, werden die TOP 8.1 und 8.2 auf die Tagesordnung genommen und gemeinsam beraten.

Zu Punkt 8.1: Verkehrssituation an der Kreuzung K31/L438 im Hefel in Velbert hier: Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 07.11.2024 - Vorlage Nr. 61/046/2024

Wie unter TOP 1.4 beschlossen, wird der Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und FDP vom 07.11.2024 mit auf die Tagesordnung genommen.

KA Gräber erläutert den Antrag und berichtet über die mangelnde Verkehrssicherheit und den Lärm vor Ort. Man erhoffe sich, durch kleinere Maßnahmen die Situation zu verbessern.

SB Nixdorf regt an, den Prüfauftrag besser zunächst durch die Verwaltung ausarbeiten zu lassen um eine Übersicht über die Kosten zu erhalten worauf KA Gräber mitteilt, dass dies angestrebt sei.

Dr. Kopp teilt mit, dass es gemeinsam mit der Polizei einen Termin vor Ort gegeben habe. Ziel sei die Prüfung von möglichen punktuellen Maßnahmen gewesen. Derzeit gebe es Asphaltstreifen, um die Aufmerksamkeit der Verkehrsteilnehmenden zu erhöhen. Von der problematischen verkehrlichen Situation sei der gesamte Bereich und seien unterschiedlichste Verkehrsteilnehmer betroffen. Er berichtet von dem in der Nähe befindlichen Haus Scheppen, welches ein beliebter Motorradtreff sei.

Die Verwaltung nehme den Antrag gerne auf und prüfe mit den Beteiligten, welche Lösungsmöglichkeiten es dort gebe. Herr Dr. Kopp weist jedoch darauf hin, dass es sich hierbei um eine schwierige Aufgabe handele. Kleinere Maßnahmen könnten durchaus umgesetzt werden, bei größeren Maßnahmen werde die Verwaltung über diese im Bauausschuss informieren.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Straßenbaulastträgern Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit an der Kreuzung K 31 / L 438 „im Hefel“ zu erarbeiten und umzusetzen, um sowohl die Verkehrssituation für die Verkehrsteilnehmer als auch die Lärmbelastung für die Anwohner zu verbessern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

Zu Punkt 8.2: Umsetzung Radverkehrskonzept hier: Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.11.2024 - Vorlage Nr. 61/047/2024
--

Wie unter TOP 1.4 beschlossen, wird die Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit auf die Tagesordnung genommen.

KA Morgenroth bedankt sich für die schriftliche Beantwortung der Anfrage und den darin enthaltenen Hinweis der Verwaltung auf den Bauausschuss und die Vorlage zur Umsetzung des Radverkehrskonzepts des Kreises. Die Ausführungen seien nachvollziehbar und gut verständlich.

Die Anfrage solle nicht als Kritik verstanden werden, sondern als Sachstandserkundigung. Er begrüße, dass es beim Knotenpunktsystem bald losgehe.

Auf den Hinweis der Verwaltung hinsichtlich des eingerichteten Arbeitskreises Rad mit den kreisangehörigen Städten und dem ADFC teilt KA Morgenroth mit, dass bislang über diesen Arbeitskreis im Ratinger Ausschuss noch nicht berichtet worden sei.

Die Ausführungen der Verwaltung zur Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden zur Kenntnis genommen.

Im Anschluss stellt der Vorsitzende die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 17:50 Uhr

gez.
Dr. Norbert J. Stapper

gez.
Claudia Feller